

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Dorndorf-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2960-2977

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Scharfmacher am Werke.

Zum Streik der Hochbahner.

Seit Tagen leidet die Berliner Bevölkerung unter den Folgen des Hochbahnerstreiks, der eines der wichtigsten Berliner Verkehrsmittel lahmgelegt hat.

Die Dessenlichkeit hat ein berechtigtes und lebhaftes Interesse an der möglichst sofortigen Beseitigung dieser Zustände. Die juristischen Auseinandersetzungen darüber, daß keine einzige Behörde in der Lage sei, in den Konflikt zwischen der Hochbahndirektion und ihren Angestellten einzugreifen, können niemand befriedigen.

Inzwischen entwickelt sich eine Kampagne gegen die Angestellten der Hochbahn, die so skandalös ist, daß kein anständiger Mensch — ganz gleich, wie er politisch gesonnen sein mag, wenn er nur über einen Funken sozialen Gefühls und sozialen Verständnisses verfügt — sich mit Ekel von diesem Treiben abwenden muß.

Zwischen entwickelt sich eine Kampagne gegen die Angestellten der Hochbahn, die so skandalös ist, daß kein anständiger Mensch — ganz gleich, wie er politisch gesonnen sein mag, wenn er nur über einen Funken sozialen Gefühls und sozialen Verständnisses verfügt — sich mit Ekel von diesem Treiben abwenden muß.

Daß es zu diesem Kampfe gekommen ist, ist ausschließlich Schuld der Hochbahndirektion. Genauer genommen, nicht Schuld der Hochbahndirektion, sondern Schuld der Direktion der Deutschen Bank, von der der Vorstand der Hochbahn in seinen Entschuldigungen vollständig abhängig ist.

gelöst, die Gesellschaft würde durchaus imstande sein, erträgliche Löhne zu bezahlen, wenn sie nicht aus den Knochen ihrer Arbeiter sich jetzt ihre Substanz erneuern lassen wollte.

Der Appell, den die scharfmacherische Direktion mit allen Mitteln einer gerissenen Pressenkampagne an die Dessenlichkeit richtet, um den Unwillen der Bevölkerung gegen die angeblich bolschewistisch verfeuchten Angestellten zu lenken, muß vielmehr sich gegen die Direktion selber wenden.

Dessenliche Interessen haben auf die Direktion der Hochbahn keinen direkten Einfluß, da sie privates Eigentum ist. Das ist ein Zustand, der in Berlin von allen einschlägigen Kommunalpolitikern — nicht nur von der Sozialdemokratie — bedauert wird.

Die deutsch-französischen Verhandlungen. Neue Schwierigkeiten.

Paris, 13. November. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, die am 5. November wieder aufgenommen worden sind, scheinen auf Schwierigkeiten gestoßen zu sein.

Vizepräsidentenwahl im bayerischen Landtag

München, 13. November. (W.F.B.) Die 23. öffentliche Sitzung des bayerischen Landtages ist auf Dienstag, den 18. November, einberufen worden.

Disziplinarverfahren gegen einen Völkischen

Schwerin, 12. November. (M.) Amtshauptmann Wiese in Daberon, Abgeordneter der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Groß-Deutschlands, wurde bis zur Erledigung eines gegen ihn schwebenden Disziplinarverfahrens vom Amte suspendiert.

Schlupfwinkel der Macht.

Versteckte Kampfziele des Großkapitals.

Für den kommenden Wahlkampf am 7. Dezember genügt es nicht, den kapitalistischen Charakter unserer Gegner, der Deutschen „Volks“partei, der Deutschnationalen „Volks“partei usw. nur im allgemeinen, gleichsam oberflächlich zu erfassen.

Ueber die kapitalistische Wirtschaftspolitik wie die Schutz-zollbewegung, das Treiben der Kartelle, die Förderung des zehn- bis zwölfstündigen Arbeitstages und dergleichen ist schon viel geschrieben worden.

Da ist zunächst der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Er besteht aus etwa 17 Mitgliedern, die zur Hälfte von der Reichsregierung ernannt sind, während der Rest von dem internationalen Treuhänder eingekauft ist.

Ein anderes Mitglied des Verwaltungsrates, ebenfalls von der Reichsregierung ernannt, ist der Geheime Kommerzienrat Eduard Arnold, Chef der bekannten Kohlen-Großhandelsfirma Casar Wolkeim in Berlin.

Ein weiteres der von der Reichsregierung ernannten Mitglieder des Verwaltungsrates ist der Geheime Kommerzienrat Kloeckner aus Duisburg.

Man kann die Liste noch fortsetzen. Es gehören dazu weiter der Generaldirektor Dr. Ott, der Wirkliche Geheime Rat v. Batocki, Oberpräsident a. D. und Majoratsherr aus Schloß Biedau bei Cranz-Distpreußen.

Ein ähnliches Bild wie der Verwaltungsrat der Reichsbahn zeigt der Aufsichtsrat der „Vereinigten Industrie-Unternehmungen A. G.“, Berlin. Die Big-

wie sie sich abgeklärt nennt, ist eine Reichsgesellschaft. Ihr Aktienkapital, das laut Goldmarkenbilanz vom 1. April dieses Jahres 120 Millionen Goldmark, also eine ungeheure Summe, beträgt, ist vollständig in den Händen des Reiches. Die Biag ist eine sogenannte holding company, d. h. eine Finanzgesellschaft, die nicht selber wirtschaftliche Unternehmungen betreibt, sondern nur dazu bestimmt ist, Aktienpakete derartiger Unternehmungen, an denen das Reich interessiert ist, zu besitzen und zu verwalten. Die Biag ist in der Hauptsache an folgenden Unternehmungen mit Kapital beteiligt: Reichs-Kredit-Gesellschaft, Deutsche Werke, Elektrowerke, Ostpreußenwerk, Württembergische Landes-Elektrizitäts A. G., Vereinigte Aluminiumwerke, Inwert-Bayerische Aluminium-A. G., Mitteldeutsche Stickstoffwerke, Bayerische Kraftwerke, Alzwerke G. m. b. H., usw. Alle diese Unternehmungen, mit Ausnahme der zuletzt genannten Alzwerke, werden in der Form von Aktiengesellschaften betrieben. Das Reich, d. h. die Biag, besitzt entweder das gesamte Aktienkapital der Werke — dies ist zum Beispiel bei den Elektrowerken der Fall — oder das Reich verfügt nur über einen Teil des Aktienkapitals, wie zum Beispiel bei den Deutschen Werken, in denen auch privates Kapital mitarbeiten, oder wie bei dem Ostpreußenwerk und der Württembergischen Landes-Elektrizitäts A. G., an denen außer dem Reich auch noch die Länder (Preußen bzw. Baden) sowie Kommunen und Kommunalverbände beteiligt sind.

Trotz des rein öffentlichen Charakters der Biag, ist doch in ihrem Aufsichtsrat, entsprechend ihrem Charakter als Finanzgesellschaft, das private Bankkapital stark vertreten. Es gehören diesem Aufsichtsrat an: Herr Jakob Goldschmidt, Direktor der Darmstädter- und Nationalbank, Inhaber von 68 Aufsichtsratsmandaten, Herr Oscar Schlüter, Direktor der Deutschen Bank, der in „nur“ 51 Aufsichtsräten vertreten ist, Dr. Walter Frisch, Direktor der Dresdner Bank, Curt Sobornheim, Direktor der Kommerz- und Privatbank, Eduard Beit von Speyer, Bankier, Frankfurt a. M., Franz Urbig, Direktor der Disconto-Gesellschaft. Von insgesamt 25 Aufsichtsratsmitgliedern entfallen 6 auf Vertreter des privaten Bankkapitals. Außer den Bankdirektoren sind aber auch noch andere Vertreter des privaten Großkapitals in dem Aufsichtsrat der Biag vorhanden. So der Geheimregerungsrat Professor Dr. Mikodem Caro, ein bekannter Fachmann auf dem Gebiete des Stickstoffwesens, der Geheimregerungsrat Dr. Ing. E. h. Philipp Wieland aus Ulm (Donau) u. a. Vergessen wird man in dem Aufsichtsrat der Biag noch einer angemessenen Vertretung der Arbeiter, der Angestellten, der Abnehmer suchen.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn, der Aufsichtsrat der Biag und noch viele derartige Körperschaften, das sind die versteckten, in weitesten Kreisen unbekanntem Machtpositionen des Großkapitals. Um diese Stellungen zu halten, dazu werden die Wahlgelder an die Rechtsparteien gegeben, dazu werden deren zahllose Blätter und Blättchen im ganzen Lande finanziert und ausgegeben. Man kann sich das schon ein Stück Geld vorstellen. Es sind Speise, die nachher, d. h. wenn die Wahlen zurriedenstellend ausgefallen sind, das Geschäft schon wieder einbringen wird. Diese Klientenwirtschaft, die sich mit Hilfe einer feilen, das Volk irre-führenden Presse am Ruder zu halten sucht, ist ein Unglück für Deutschland. Denkt an die Cuno-Regierung, an die Inflationzeit in der Silanes, und seine Verbündeten schrankenlos wüteten. Das Großkapital muß einer starken Regierung des Volkes unterstellt werden, nicht aber darf die Regierung dem Großkapital in die Hände gegeben werden. Das letztere würde eintreten, wenn die Rechtsparteien bei der kommenden Reichstagswahl die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen. Jeder führe seinen Arbeitskollegen auf dem Bau, in der Werkstatt, im Bureau auf. Sucht vor allem den Frauen diese nicht einfachen Zusammenhänge klar zu machen. Es kann am 7. Dezember nur eine Parole geben: Fort mit der kapitalistischen Interessentenwirtschaft!

Herr Stresemann redet.

Seine Worte und seine Taten.

Dortmund, 13. November. (W.Z.). Auf der Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei in Dortmund hielt heute Reichsaussenminister Dr. Stresemann eine Ansprache über die außenpolitische Lage, in der er folgendes ausführte:

Meine Damen und Herren! Wir haben in diesem Jahre zum erstenmal Anzeichen dafür gesehen, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der Völker und eines friedlichen Ausgleichs ihrer Interessen Herr zu werden beginnt über die Begierde des Krieges und seine furchtbaren Folgen. Die Stadt Dortmund kann mir kaum eine andere deutsche Stadt diese Entwicklung aus unmittelbarer Erfahrung bezeugen. Das Ziel der deutschen Außenpolitik kann nur sein, in loserer und locherer Zusammenarbeit mit dem Ausland überall für die wirtschaftlichen und nationalen Bedürfnisse unseres Volkes Verständnis zu schaffen, Problem für Problem zu bereinigen und so für Deutschland die Stellung wiederzugewinnen, die ihm zukommt. Wir haben keine andere Möglichkeit, als Schritt für Schritt unseren mühevollen Weg zu gehen. Ich muß hier in voller Objektivität feststellen, daß der Geist der Verständigung und Versöhnung, der die Londoner Konferenz und insbesondere unsere schwierigen Verhandlungen mit den Franzosen und belgischen Staatsmännern beherrschte, sich weiter als fruchtbringend erwiesen hat, und daß unser Vertrauen in die Vertragsgüte unserer Gegenkontrahenten nicht getäuscht worden ist. Ich nehme aber keinen Anstand, zu erklären, daß auch auf der Gegenseite das Bestreben abgewandt hat, sich mit dem Geiste der Londoner Konferenz zu erfüllen. Im altbekannten Gebiet bleibt noch eine Fülle von Arbeit, die sich insbesondere auf die Milderung des Ordnungszustands bezieht. Aber auch hierüber schweben zurzeit Verhandlungen, von denen ich hoffe, daß sie im Interesse der Bevölkerung, aber auch im Interesse der Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen zu einem guten Ende gelangen.

Das Fazit meiner Ausführungen über das bisher für die besetzten Gebiete Erreichte kann ich doch zusammenfassen, daß sich das Vertrauen, das uns in London zur Unterschrift und zur Übernahme so schwerer Verpflichtungen bestimmte, bis heute gerechtfertigt hat.

Ebenso wie hinsichtlich der besetzten Gebiete, ist auch sonst die Abwicklung des Londoner Paktes bisher normal verlaufen. Ramentlich hat die 800-Millionen-Anleihe in allen Ländern, in denen sie aufgelegt worden ist, einen überaus starken Erfolg gehabt.

Der Ausbau der deutschen wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland ist in vollem Gange. Mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit Spanien sind Handelsverträge bereits abgeschlossen, die nach der Genehmigung durch die Parlamente harrten. Mit England, Frankreich, Belgien, der Schweiz und der Türkei schweben zurzeit Handelsvertragsverhandlungen, und mit Italien, Japan und Polen steht der Beginn von Verhandlungen unmittelbar bevor. Es haben sich bei uns die Verhältnisse gegen früher geändert, insbesondere durch die Berringerung unserer industriellen Rohstoffbasis und der landwirtschaftlichen Erzeugung. Wir finden aber auch bei den anderen Ländern, mit denen wir verhandeln, vielfach andere Voraussetzungen vor. Es ist nicht möglich, einfach an die Verhältnisse und Beziehungen anzuknüpfen, wie sie im Jahre 1914 abgehandelt worden sind. Es müssen neue Wege gesucht und gefunden werden.

Den letzten Grund aus unserer Hand lässt sich der Kriegzeit, nämlich den der gegenseitigen Rüstbegünstigung, können und müssen wir aber auch fernhalten zur Grundlage unserer Handelsbeziehungen mit dem Ausland machen. Wir sehen in diesem Punkte vor einer entscheidenden Wendung und Besserung unserer Lage. Jedes andere System von Zollvereinbarungen führt zur Abschließung der Länder unter sich, eine Tendenz, die heute sich noch viel schändlicher auswirken muß als früher, wo in Europa große, organisch entstandene und ausgleichende Wirtschaftsgebiete vorhanden waren.

Der gerade in den letzten Wochen im Ausland nicht ohne bestimmte Tendenz verbreiteten Befürchtung, daß Deutschland das Ausland in kurzem mit deutschen Waren überschwemmen und sich

selbst gegen das Ausland mit Prohibitivzöllen abschließen wird, muß ich entschieden entgegenstellen. Deutschland steht bezüglich seiner Ausfuhr weit hinter allen anderen Ausfuhrändern der Welt zurück.

Wir müssen uns andererseits aber darüber klar sein, daß, wenn wir nach dem Ausland ausführen wollen und müssen, wir dem Ausland auch unseren eigenen Markt öffnen müssen. Wir fürchten von dem Ausland nicht vorzulegen, daß es unsere Waren aufnimmt, wenn wir uns gegen die Waren des Auslandes absperrten. Ich habe schon vorher darauf hingewiesen, daß wohl alle maßgebenden Kreise in Deutschland überzeugt sind, daß unser Zollsystem sich auf einer gemäßigten Basis halten muß. Aber es ist unendlich schwer, die beteiligten Kreise dazu zu bringen, diese allgemeine politikwissenschaftliche Erkenntnis in die Tat umzusetzen, und ich muß mir alle beteiligten Kreise den Kopf richten, daß sie übertriebene Forderungen zum Schutze ihrer speziellen Interessen zurückziehen.

Wenn der Außenminister Stresemann redet, dann sagt er mitunter ganz vernünftige Dinge. Es wäre auch eigentümlich gewesen, wenn er ausgerechnet in dem durch die Annahme des Londoner Abkommens befreiten Dortmund nicht die Notwendigkeit verspürt hätte, festzustellen, daß die Erfüllungspolitik endlich ihre Früchte trägt und daß die außenpolitische Atmosphäre Europas seit der Erhebung Poincarés durch Herriot sich geändert hat.

Wenn aber der Volksparteiführer Stresemann in Aktion tritt, so tut er stets genau das Gegenteil dessen, was ihm die außenpolitische Vernunft vorschreiben müßte.

Außenpolitisch empfiehlt er sich als der Mann der Verständigung und der loyalen Durchführung des Gutachtens. Innenpolitisch ist er der unermüdete Steigbügelhalter der Deutschnationalen in den Regierungskabinetten.

Wenn es nach den Deutschnationalen gegangen wäre, so würde Herr Stresemann heute nicht in Dortmund geredet haben, weil Dortmund noch von den Franzosen besetzt wäre. Mit der Unterstützung, oder vielmehr unter der Führung der Sozialdemokratie, aber gegen den Widerstand und die Sabotageaktion der Deutschnationalen ist Dortmund befreit worden und wird auch das übrige besetzte Gebiet befreit werden. Und welche Schlussfolgerung zieht Herr Stresemann daraus? Gemeinsame Front mit den Deutschnationalen gegen die Sozialdemokratie, Bürgerblock gegen Arbeiterklasse!

Als Außenminister weiß er, daß der Bürgerblock eine Katastrophe wäre, daß die ganze Welt von dem stärksten Mißtrauen gegen eine Regierung mit Deutschnationalen erfüllt wäre und daß die Räumung der übrigen Teile des besetzten Gebietes gefährdet wäre.

Aber als Volksparteiführer hat er nur die Klasseninteressen des Kapitalismus vor Augen, und diese gebieten ihm, sich nach rechts zu orientieren.

Typisch für diesen geistigen Zwiespalt ist die Stelle seiner Rede über die Handelsvertragsverhandlungen. Als Minister weiß er, daß die Hochzollpolitik ein außenpolitisches Verhängnis wäre und wärnt die Interessententriebe vor überspannten Forderungen. Aber als Bürgerblockler wird er im Schlepptau der Großkapitaler und Schwerindustriellen den Schutzschleppwind mitmachen.

Im Auslande hat sich Stresemann durch seine Selbstaufzüge der letzten Monate bereits um jeden Kredit gebracht. Im Innlande ist es um ihn nicht viel besser bestellt. Auch der „stürmische, langanhaltende Wellen“, der seine Reden begleitet, wird ihn hoffentlich nicht über die Lotlinie hinwegjagen, daß man ihm in seiner eigenen Partei schon deshalb nicht traut, weil man ihn dort am allerbesten kennt.

Leinerts Pensionierung.

Hannover, 13. November. (W.Z.). In der gestrigen Sitzung des Bürgervereinslegiums wurde die Pensionierung des Oberbürgermeisters Leinert beschlossen. Dagegen stimmten die Kommunisten, während sich die Sozialdemokraten der Stimme enthalten. Es wurde dann festgestellt, daß damit der Antrag auf ein Disziplinarverfahren hinfällig geworden ist.

Alt-Heidelberg, du feine...

Von Sur.

Ich halte in Karlsruhe zu tun. Alt Heidelberg, die feine, liegt eine Stunde davon. Die Barschaft wurde überzählt. Der D-Zug um 11 Uhr abends mußte genommen werden, da reiche es knapp. Doch die Heidelberger hatten Zusammenkunft, waren um 12 Uhr gerade so am Ausseindergehen. ... Das Quartier gratis. Einmal wieder oben in Mollenkur sitzen können und hinabschauen, die Badbühgel hinter auf den gewundenen Neckar bis jenseits, wo die rebenbesetzten Weinberge sich dehnen, einmal wieder zu fühlen: O Deutschland, schönes Land, mein Land ...

Die Sitzung war schon zu Ende, als ich um 12 Uhr den Bahnhof suchte. Also schnell hinterher. Nur nicht verlaufen! Glück war immer, kurz vor seiner Haustür erschneppte ich ihn. Freude ... Doch zu Hause ist die Frau krank ... aber bei der Tante Quartier sicher. Die alte Wittib, die seit einem Men'senalter an Studenten vermicht, war noch auf ... Ich kann nig einschloß ... Der eine, was bei mir wohne hätte, hat bei sei Geburtsdog ... Ich bi so kangelig, wie er hölt heime finde hätte ... Mer habe noch icho Sumbewert under de Schtubende legt ... So habn's noch nie nig geloffe ...

Auf dem schönen großen Biedermeiersofa, wech, breit, mollig mit drei Wollkissen zugebedt, liege ich wie in Abrahams Schoß. Als ich einschlafen will und mich freue, daß die Tante nicht Recht gehabt hatte mit ihrer Meinung, daß ich schwerlich heute am Erben des Monats, einem Sonnabend nach dazu, zum Schlaf kommen würde, höre ich unten einen müden, ertösenden Lärm. Ich stecke den Kopf zum Fenster hinaus ... Eine Allgruppe von Studenten um einen Schutzpolizisten. Sie klettern ihn nach allen Regeln der Kunst. In Ermordung seines obrigkeitlichen Tones lehne ich mich gespannt hin aus ... Nichts — wohlgefällig läßt er sich verfallen. O du heilige Polizeiwache der Großstädte, was hättest du wohl alles erlebt, wenn die Sekkierer deines Befehlsgewaltigen vom Fenster betrunkenen Proleten gewesen wären? Der Lärm verstummt nur, — — — — — und die Stille zu überantworten. So ging es bis gegen 4 Uhr früh. Dann brachen, rein, schreien sie den einen von den Weiden, wo bei der Tante wohnen hätte, den der Geburtsdog gefeiert hatte, ... gefeiert mit den 500 Mark, die der Gebdriestträger extra für den Geburtsdog morgens gebracht hatte. Segnäh, Gesänge, als wenn das Haus davon umfallen sollte. Ich luge auf den Korridor. Die Gesichter haben nur zwei Farben: knallrot oder leichenfahl. Der Anzug des Geburtsdogbesides ist von oben bis unten bei ... fackert. Ein Anzug aus la Frankfurter Maschinenfertigung, wofür der Frankbruder aus dem Volke dreie zum Sonntag bekommt, 500 Mark gefiern bekommen zum Verlohen. Volkswirtschaft, wie segensreich

verteilst du deine Gaben! Denn die Tachen hatten sie ihm aus den Hosen gezogen zum Zeichen, daß er blank geworden war.

Der ruhestörende Lärm brachte niemand ein Strafmandat. So wie die jagendhafte reiche alte Jungfer behäbiger Bürgergeiz ihrem geschäftlichen Ragenverzug alles erlaubte, Eitlungen vermachte, so häßeln sie heut überall ihre fatrigen Studant, lassen sie gröhlen, miauen, sich die Krallen kärfen in Saff und Kuff, damit sie schneidig, kaltschrägig bereit sind, wie ehedem bei Mechtelstübli und Bad Thöle. Mit dem frühesten Zug ging ich auf und davon. Der Blick Deutschlands Künstler mit, den Neckar hinab, war mir verleiht, wo angesichts solcher Natur das Ebenbild Gottes mit Corpomühe und hundert Band kostbare Jugendtage verfabert. Denn erst wenn der Monat zu Ende geht, wird es ruhiger. Und es konnte mich auch nicht trösten, daß bei der Tante noch ein Student wohnt, der fast Tag und Nacht arbeitet. Denn, so sagte sie, der erste wäre es, solange sie vermietete. Einer unter den vielen. Und die vielen sind unsere Richter, Rechtsanwölter, Ärzte und Regierungsräte von morgen. ...

Jüdisches Milieudrama.

Die Robert-Bühnen sind bei all ihrer Vornehmheit gediegene Theater. Wenn sie ein neues Stück auf den Spielplan setzen, hat der Besucher das beruhigende Gefühl, keinen vorläufigen Abend zu riskieren. Bisherige, wie der schnell abgerollte „Herr Bipogran“, sind selten. Schalom Als's schon öfter gegebenes Drama „Der Gott der Rache“, das das Theater am Ruffürstendam in gestern herausbrachte, ist eine sichere Sache. Einartiges Milieu, interessanter Stoff, keine Charakterzeichnung, eine fremde, schid'astische Welt der Lebensbetrachtung, die nachdenklich stimmt und das durch die ordnende Hand eines klugen Regisseurs (Emil Geier) abstrakte Spiel von Darstellern, die durch die Bank Künstler sind, das sind die Schlüssel zu dem rauschenden Erfolg, der Schalom Als's Drama befeleiden war. Alexander Granach, der eigenmächtige Schauspieler mit dem elastisch wallenden Künstlerblut, eine der stärksten Kräfte in der jungen Generation, gab den jüdischen Bordellwirt Janfel, der um jeden Preis seine Tochter Rivkile in die achbare Gesellschaft aufgenommen wissen will. Heiraten soll sie, und feiner soll abnen, aus was für schmieren Kreisen sie stammt. Doch nein, nicht um jeden Preis. Erst will Janfel mit seinem schmigen Geschäft noch Geld verdienen sein werden, wie er sagt, um Rivkile besser ausstatten zu können. Dieses Streben nach Reichtum für sein Kind wird sein Verhängnis. Rivkile wird selbst Dirne. Granach war fargende Liebe, um das einzige Kind, war rasende Beweismung über sein Unschick, war Haber mit seinem Gott, den er nicht verfehlt, der nicht ein verschändlicher, sondern ein Gott der Rache ist. Racht das virtuöse Spiel eines Darstellers war es, sondern verblüffendes Schicksal. Die jare Wagnereiz Schlegel verfehlt der verlorenen Tochter Rivkile wackende Rüge. Ein geducktes, fast wissendes Kind mit unerblich schwebendem Feuer, das plötzlich zur Verbrennung auffammt. Entzweitend in ihrer qualvollen Sucht, aus dem Sumpf aufzusteigen. Emilie und a, eine

von Janfels Dirnen, erstehend Rathe Haad als names Pfänzchen aus der Provinz, Granach und Ala Grünig (eine Frau Sara) wurden immer wieder vor die Rampe gerufen.

Dgr.

„Der Tisch im Panzerhaus“, das absonderlich muntere und von phantasiehaften Einfällen reich bewährte Lustspiel Forster-Parrnagars zieht jetzt über die Bühne des Renaissance-Theaters. Unter der Regie Franz Sondingers geht man der Sache mit Witz und Geist zu Leibe und erachtet, daß sich die Wör von der im Panzerhaus einmündigen Gemeinde, missant dem Tisch, der ihr Bewegung verleiht, sehr traumhaft abspelt. Man darf wohl etwas zu traumhaft und zu abstrakt. Im ganzen wurde „reg-noll und mit gutem Verständnis gespielt. Vor allem von Roula Bähn und Franz Sondinger.“

Die Ausgrabung des Circus Maximus in Rom. Die italienische Regierung hat jetzt ein Gesetz eingebracht, durch das die Ausgrabung des Circus Maximus beschleunigt werden soll. Damit wird ein weiterer bedeutender Schritt gemacht, um das noch in der Erde schlummernde alte Rom zu neuem Leben zu erwecken. Die Freilegung der Kaiserfora und der Abhänge des Kapitels hat ja bereits mit den Grabungen auf dem Forum des Augustus begonnen. Nun wird die großartigste Vergrabungsanlage des Roms der Kaiserzeit, der Circus Maximus, freigelegt. Der Riesenhau, der Höhe für 300 000 Zuschauer bot, lag in dem Tal zwischen dem Palatin und Aventin, wo jetzt die Gaswerke stehen. Die Niederlegung dieses ungeschönen Bauwerks auf einer der berühmtesten historischen Stätten Roms erschien seit langem als Notwendigkeit, und deshalb wird die Entscheidung der Regierung mit Jubel aufgenommen.

Drohende Ausrottung der Bären in Norwegen. Eines der wenigen Länder Europas, in denen Bären heute auch außerhalb der zoologischen Gärten noch vorkommen, ist Norwegen. In der norwegischen Zeitchrift für Fischweien wurde kürzlich die Forderung erhoben, den Bären als Schutzwild zu erklären, da er infolge zahlreicher Verfolgungen in Norwegen allmählich aussterben beginne. Der Verfasser des Artikels stellt fest, daß fortsetzungs-würdige Bärenfamilien mit Sicherheit nur noch in den nordöstlichen Landschaften Norwegens und an der norwegisch-finnischen Grenze beobachtet worden sind. Da diese Bären nur wenig Schaden anrichten und Angriffe auf Menschen in den letzten Jahren überhaupt nicht mehr vorgekommen sind, hält der Verfasser eine Schonung des gewahren noch vorhandenen Bärenbestandes für wünschenswert und notwendig.

Spielplanänderung. Die für heute in der Komödie angezeigte Aufführung von „Nive“ ist auf nächste Woche verschoben. Donnerstag und Freitag: „Anteiken hat geträumt“. Sonnabend und Sonntag: „Unsere kleine Frau“.

Vorrede. Ueber seine Redaktionsstelle in Gortraffen hält Dr. Cohn-Wienner auf Veranlassung der Gumboldt-Hochschule im Odian die Umgebungsbeurteilung seinen letzten Vortrag: „Kulminheiten, Wästen und Romandevöler“ am Freitag, 8. Uhr.

Das Englische Seminar, Dorobesstr. 6, bietet auch dieses Semester jeden Freitag um 6.30 einen Vortrag in englischer Sprache. Die Vortragenden sind meistens bedeutende Vertreter journalistischer und politischer Kreise. Am Freitag spricht Eduard A. Moser von der „Chicago Daily News“ über „The meaning of the American presidential election“.

Hergt redet von Feigheit!

Er pflanzt wieder Banner auf.
Hergt hat in München eine Rede gehalten, in der er um Schonung seiner Partei durch Volkspartei und Bäckische warb. Der Burgfriede ist seine heilige Sehnsucht; er soll retten, was für die Deutschnationalen noch zu retten ist. Dabet redet er von Feigheiten:

„Kann je hätte sich eine Partei in einem solchen Gewissenskonflikt befunden wie die Deutschnationalen bei der Frage: Annahme oder Ablehnung der Dawesgesetze. Heute läge der Konflikt hinter der Partei. Heute gäbe es kein Rein- oder Fasagen, sondern nur eine Partei, einiger und geschlossener denn je. Nun gelte es, eine Revision der Londoner Abmachungen zu erreichen. Das sei das Ziel der Deutschnationalen. Die Erfolge der Reichsregierung seien nur Feigheiten. Durch das ganze Volk gehe eine Bewegung: die schwarzweißrote. Diese müsse am 7. Dezember siegen. Burgfrieden muß sein unter allen Parteien, die sich zu dieser Farbe bekennen. Die Parole am 7. Dezember sei: Rechts schwenkt, marsch!“

Die Londoner Abmachungen nur Feigheiten! Das ist besonders schön im Munde des Herrn Hergt, der zu feige war, es über der Frage Annahme oder Ablehnung dieser „Feigheiten“ zu einem Wahlkampfe kommen zu lassen. Die Herren haben Mut, wenn es gilt, eine Katastrophe für das deutsche Volk zu provozieren — zu einer friedlich politischen Auseinandersetzung im Wahlkampf sind sie zu feig. Wieder verkaufen sie ihre Meinung.

Herr Hergt möchte das Halb und Halb der Welt schaffen. Aber mit dem Banner der Einigkeit, das er jetzt aufpflanzt, sieht es eben so wie mit dem bekannten nie schwankeuden Banner der Deutschnationalen — es schleift im Schmutz des Gefinnungshandels.

Die letzte Tasse Kakao.

Rätselhafter Tod eines belagten Gelehrten.

In dem Hause Monacoer Straße 10 bewohnten seit 31 Jahren der 65 Jahre alte Privatdozent an der landwirtschaftlichen Hochschule Dr. Franz Dungen und der 69 Jahre alte Dr. med. et phil. Kraß gemeinsam eine 3-Zimmerwohnung mit Küche und mehreren Nebenräumen, in denen sie wissenschaftliche Arbeiten ausführten. Dr. Dungen behandelte an der Hochschule besonders Gräser- und Samenkunde und Pflanzenkrankheiten. Dr. Kraß unterrichtete ihn bei den häuslichen wissenschaftlichen Arbeiten. Die beiden Gelehrten führten ein Einsiedlerleben in ihrer Behausung. Ein weibliches Wesen betrat nie die Wohnung. Die Säuberung besorgte Kraß. Geträgt wurde von beiden, die Mahlzeiten wurden in der Küche eingenommen.

Am Dienstag kam Dr. Dungen nicht zur Vorlesung. Ein Assistent bezog sich nach der Wohnung, um sich über das Ausbleiben zu erkundigen. Kopfte wiederholt, erhielt aber keine Antwort. Hierbei beruhigte man sich zunächst. Am Mittwoch erschien Dr. Dungen wieder nicht in der Hochschule. Jetzt ermahnte man wieder einen Assistenten mit einem Institutsdienst. Beide klopfen nun so lange, bis Dr. Kraß endlich aufmachte. Er sah ganz verstimmt aus. Er hatte einen auffallend roten Kopf und sagte: „Frage mich nicht im Speisezimmer auf dem Sofa.“ Das war jedoch nicht der Fall. Der Assistent und der Diener gingen in die Küche und sahen Dr. Dungen hier tot auf einem Stuhl neben dem Kochherd sitzen. Sie benachrichtigten die Polizei und alle Angehörigen des unauflöslichen Todesfalls gaben Bescheinigung, auch die Waidkommission in Kenntnis zu setzen. Die Kriminalkommissionen Bismarck und Wörlch mit ihren Beamten begaben sich nach der Wohnung, um mit ihren Beamten den Befund aufzunehmen. Dr. Kraß wurde perlebt, und nun ergab sich folgendes Bild: Die beiden Gelehrten arbeiteten, wie Dr. Kraß sagt, noch am Montagabend zusammen. Dann setzten sie sich in die Küche und tranken sich gegen 10 1/2 Uhr Kakao. Während beide ihn tranken, laut Dr. Dungen auf seinem Stuhl plötzlich tot in sich zusammenfallen. Sein Freund erlief so heftig, daß er ganz den Kopf verlor. Stutz, obwohl er Arzt ist, Wiederbelebungsversuche mit sämtlichen Mitteln anzustellen, streifte er dem Toten nur die Hände und riefte ihn mit dem Stuhle dicht an den Kochherd, um ihn an dem Feuer zu wärmen. Das fehlte er die ganze Nacht und den nächsten Tag fort; auch die folgende Nacht noch und den Mittwoch, die der Assistent und der Diener kamen. Ein Arzt der hinzuerstgen wurde konnte die Todesursache nicht ohne weiteres erkennen. Erst die Obduktion kann sie feststellen. Bei Dr. Kraß stellte er Bewusstseinslosigkeiten fest. Als die Leiche nach dem Scheiterhaufen gebracht wurde, streubte sich Dr. Kraß heftig und ließ toben, sich von seinem toten Freunde zu trennen. Er wurde wegen seines Geisteszustandes und der Bewusstseinslosigkeiten vorläufig nach der Charité gebracht. Ob ihn ein Verdrüßchen an dem Tode Dr. Dungen's trifft oder ob dieser eines natürlichen Todes gestorben ist, läßt sich noch nicht sagen. Sein Freund erwaute zu bekümmern, hatte er um so weniger Bedauern, als er für seinen Lebensunterhalt auf ihn angewiesen war. Merkwürdig ist, daß Dr. Dungen nur einleinen Toren eine Kaffeette mit einigem Gebäck, Wurstchen, Pörlchen und Tostem von der Bank, die in der Wohnung war, nach Hause gebracht hat. Die Waidkommission ist mit der weiteren Aufklärung beschäftigt.

Schwarz-Weiß-Rot bei der Reichswehr.

Im „Vorwärts“ wurde vor kurzem die Frage gestellt, von wem die bei der Kommandantur Berlin bestehende Musikkapelle die Genehmigung erhalten haben mag, in einem besonders von Deutschnationalen und Deutschvölkischen gern besuchten Konzertlokal bei einer Veranstaltung mitzuwirken, die an den öffentlichen Anschlagkäulen durch schwarzweißrote umrahmte Plakate bekanntgegeben wurde. Eine Antwort haben wir bisher nicht erhalten. Heute drängt sich uns die andere Frage auf, ob die Reichswehr der deutschen Republik es für zulässig halten kann, daß bei der Beerdigung eines Reichswehrsoldaten Kränze mit schwarzweißroten Schleifen gesetzt wurden.

Dies ist in Spandau vorerfunden, wo ein Reichswehrsoldat aus der 11. Kompanie des Infanterieregiments 9 durch Selbstmord aus dem Leben geschieden war und im Beisein seiner Kameraden und anderer Offiziere in Gräbe getragen wurde. Da er dem Bismarck-Bund angehört hatte, so bekundeten sich an dem Begräbnis auch Mitglieder dieser antirepublikanischen Vereinigung. Sie erschienen mit ihren Abzeichen, den schwarzweißroten Bändern an den Ärmeln und ähnlichem „Schmuck“, zum Teil auch mit Hakenkreuzen. Auch junge Mädchen waren gekommen, die Strauß mit schwarzweißroten Bändern trugen. Schwarzweißrot waren auch die Schleifen von zwei Kränzen, die von Kameraden des Verstorbenen getragen wurden. Zwei andere Kränze, die sie trugen, hatten schwarzweiße Schleifen. Schwarzweißrot war einmal die Fahne des republikanischen Reichswehrsoldaten, Schwarzweißrot auch die Fahne der preussischen Republik. Schwarzweißrot war die Fahne des deutschen Kaiserreiches. Sie ist aber nicht die Fahne der deutschen Republik geblieben. Kränze mit den Farben der deutschen Republik mit schwarzweißroten Schleifen, sah man bei dem Begräbnis eines Soldaten der republikanischen Reichswehr nicht. Schwarzweißrot ist noch die sogenannte Kriegsfahne. Die nur mit der beschriebenen Zusatz einer schwarzweißroten anderen Größe (in Größe von etwa einem Fünftel der ursprünglichen Größe) der schwarzweißroten Fahne) die deutsche Republik erbeutet. In den schwarzweißroten Kranzschleifen war von einer schwarzweißroten Fahne und auch von dem die Mitte der Kriegs-

Die Sünde wider Dinter.

Der Prozeß des völkischen Agitators.

Vor dem Amtsgericht Mitte stand unter Vorsitz des Amtsgerichts-rats v. Dettlingen die schon mehrfach verurteilte Belästigungsklage des Schriftstellers und völkischen Sandiagsabgeordneten Dr. Arthur Dinter gegen den Redakteur Dr. Birnbaum an.

In der „Literarischen Rundschau“ des „Berliner Tageblatts“ vom 6. November 1919, für die Dr. Birnbaum verantwortlich zeichnete, erschien ein Artikel unter der Überschrift „Antisemitismus als Geschäftsobjekt“. Es war in dem Aufsatz das Buch Dinters „Die Sünde wider das Blut“ besprochen worden und in Bezug auf die in dem Buch angeführten Axiome aus dem Talmud und Schulchan Aruch die Behauptung der Fälschung und Verfälschung erhoben worden. Das Buch selbst wurde als Schmutzwert und sein Inhalt als Schmutz bezeichnet. Wegen dieses Artikels hatte Dinter die Belästigungsklage angehängt. In einem früheren Termin hatte das Gericht beschlossen, sowohl den vom Beklagten vorgelegten Sachverständigen für Talmudforschung, Professor Lindführer aus Hamburg, wie auch Dr. Bischof als Gegen Sachverständigen zu laden. Zu dem heutigen Termin war Dinter mit seinem Rechtsbeistand Justizrat Dr. Hahn erschienen, während dem Beklagten Dr. Birnbaum die Rechtsanwälte Frick Cohn, Dr. Riee und Dr. Gronemann zur Seite standen. Rechtsanwalt Cohn: Das Buch hat größtes Aufsehen erregt und ist für die jüdischen Mitbürger voll der schwersten Belästigungen. Es muß daher nachgewiesen werden, daß das Buch das ist, was in der Kritik von ihm behauptet worden ist. Wir müssen daher auch literarische Sachverständige zum nächsten Termin laden lassen. — Rechtsanwalt Dr. Riee: Zu der nächsten Verhandlung bitten wir auch die Akten des Amtsgerichts Schmalteiden herbeizuschaffen. Der Kläger stellt sich in seinem Buch auf eine hohe sittliche Warte und spricht von einem jüdischen Kommerzienrat, der eine Stelle zur systematischen Verführung von 117 deutschen Jungfrauen eingerichtet habe. Das steht bei dem Kläger eine stichhaltige hochschwebende Persönlichkeit voraus. In dem Schmalteiden Urteil wird aber der Beweis des unethischen Lebenswandels bei Dinter selbst als erbracht angesehen. Dem Privatkläger werden Gebrauch und unethische Kinder nachgewiesen. Eine ganze Reihe von Zeuginnen, mit denen Dinter unethischen Verkehr gepflogen hat, werden in dem Urteil aufgeführt. — Dr. Dinter protestiert energisch: Es handelt sich um unerwiesenen und beweislos geliebene Behauptungen eines jüdischen Genners. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig und es schwebt noch die Berufung beim Amtsgericht Weiningen. — Justizrat Dr. Hahn: Es besteht das Bestreben von jüdischer Seite, den Privatkläger tot zu machen, weil er

das auffehenerregende Buch geschrieben hat. — Rechtsanwalt Dr. Riee: Was hier gesagt worden ist, ist unwahr. Der Privatkläger hat in der Verhandlung in Schmalteiden den Gebrauch selbst zugestanden. — Rechtsanwalt Dr. Frick Cohn beantragt, weil die Ehehebelungsakten Dinter und die Akten aus einer Unterhaltungsklage Hesse herbeizuschaffen. Dr. Dinter bezeichnet diese Ausführungen als unerhörte Unterstellungen. Das alles sei jüdischer Schmutz, um von der Sache abzulenken. — Rechtsanwalt Dr. Frick Cohn: In seinem Buch kommt Dr. Dinter zu der schärfsten Verurteilung von Mischen. Wir müssen unter Beweis stellen, daß er früher, als er noch Sekretär des Schriftstellerverbandes war, ganz anders über die Vererbung der Sünde mit einer reichen Jüdin geredet hat. Wir berufen uns auf das Zeugnis von Professor Dr. Herbert Hirschberg und des Generaldirektors der Ufa, Dr. Davidsohn. — Dr. Dinter: Diesen Antrag kann ich nur unterstützen. Es handelt sich wiederum um eine niederträchtige Verleumdung und eckel jüdischen Schmutz und Sumpf, um abzulenken. — Ueber diesen Punkt kommt es noch zu längeren und teilweise sehr erregten Auseinandersetzungen zwischen den Parteien. Im Verlauf dieser gegenseitigen erregten Debatten erklärt plötzlich Rechtsanwalt Dr. Gronemann, daß er den Eindruck gewonnen habe, daß Dr. Dinter für seine Handlungen nicht voll verantwortlich zu machen sei. Er stelle anheim, ob nicht ein psychiatrisches Gutachten über die Zurechnungsfähigkeit des Privatklägers eingeholt werden soll. — R. v. Dr. Riee: Ich ergänze die Ausführungen von Dr. Gronemann noch durch den Hinweis auf die letzte Rede Dr. Dinters, daß die Völkischen im Bayerischen Landtage Verräter und Verleugner von Freimaurern und Jesuiten seien. Das ist doch schon der höchste Grad des „Weißer-Räufelchen“. In der Verhandlung in Schmalteiden stellte auch eine große Rolle der Antisemitismus des Dr. Dinter. Es meidet sich dann der Sachverständige Professor Lindführer aus Hamburg und beginnt darzulegen, daß in dem Buch „Die Sünde wider das Blut“ ein Zitat sich befindet, das er gestern selbst herausgegriffen und geprüft habe. Dieses Zitat auf Seite 383, das sich auf den Schulchan Aruch bezieht, ist im höchsten Grade unzulässig. Justizrat Dr. Hahn erhebt Einspruch gegen diese Ausführungen in Abwesenheit der vom Kläger benannten Sachverständigen. Der Verlesene bricht dann mehrere Erörterungen nach dieser Richtung ab und vertagt die Verhandlung. Zum nächsten Termin sollen die Akten des Schmalteiden Prozeßes herbeigeschafft werden, jedoch soll, im Einverständnis beider Parteien, der nächste Termin erst anberaumt werden, sobald eine rechtsgültige Entscheidung des Landgerichts Weiningen vorliegt.

Koppe einnehmendes Eiferes Anna nichts zu bemerken, sondern man sah nur das Schwarz-Weiß-Rotbesedemaligen Kaiserreiches. Hält der Reichswehrminister eine solche Kränze, so ist das Reichswehrminister getrieben, für zulässig. Sonderbar berührte auch die Rede des Geistlichen, der ungefähr im Tone eines Offiziers a. D. sprach. An dem Bismarck-Bund seien er keinen Anstoß zu nehmen; er nannte ihn zwar und richtete seine Worte an die zum Trauergefolge gehörenden Mitglieder. Der Verfasser soll übrigens einen Pfeil hinterlassen haben, auf dem er von der feigen schwarzweißrot und seiner Pflicht sprach. Was mag das zu bedeuten haben?

Habt Ihr schon vergessen?

„Habt Ihr schon vergessen?“ lautet das Thema einer Wählerverammlung in Charlottenburg. Den überaus zahlreich erschienenen rief der Referent, Genosse Bando, die Kriegszeit mit dem sich immer steigenden Glanz und die nachfolgende Inflationsperiode ins Gedächtnis. Ob vom Beispiel unterstanden, zeigte der Redner, wie dieselben Kreise, die durch ihre Parteipolitik den Krieg heraufbeschworen haben, nach dem bekannten Rezept „Haltet den Dämon“ die Schuld allein bei den anderen suchen wollten. Die Ausbeutung der Massen erreichte ihren Höhepunkt, als während der Inflation Wochenlöhne von 3 bis 4 Goldmark gezahlt wurden. Damals wurde das Volk, Berufstätige wie Lohnarbeiter, buchstäblich enteignet. Die Nachkommen dieser friedlichen Zeit haben jetzt die Arbeiter zu tragen: Die Gewerkschaften sind geschwächt, der Wohlstand verloren, die Löhne sind auf das Niveau von Hungerlöhnen gesunken. Von der Zustimmung zum Sachverständigen-Bericht erwartet unsere Partei eine Verbesserung unserer Wirtschaftslage und damit wieder neuen Aufschwung der Arbeiterklasse. Diesen Aufschwung zu fördern, ihn zu beschleunigen und zu festigen, ist am 7. Dezember Gelegenheit. Wenn die Sozialdemokratie gestärkt aus den Wahlen hervorgeht und eine republikanische Mehrheit den Reichstag beherrscht, wird es auch wieder permäßig gehen. — Mit einem freundlichen Hoch auf die Partei schloß die imposante Versammlung.

Die überfüllte Versammlung in den Sophien-Kassalen war in mehr als einer Hinsicht bemerkenswert. Unter Gerose Crispian hielt ein durchaus sachliches Referat, das auch allen irgendwie möglichen Einwendungen der Gegner gerecht wurde. Die in nicht geringer Zahl anwesenden Kommunisten ließen sich jedoch diese Gelegenheit nicht antzehen, sich andauernd am größten möglichen Maß zu blamieren. Die SPD. zu verdrängen, ist, so führte Genosse Crispian aus nach Einwirkung hiesigen Willens des Ziel des kommunistischen Programms, und weiterer, den sie größerer Glanz der Arbeitermassen ist der einzige Faktor, den sie zur Verwirklichung des Sozialismus in Rechnung stellen. Beachtet beider sich im Gegenteile hierzu die Sozialdemokratie zur verantwortlichen Teilarbeit, weshalb sie auch die Verschlagung der Gewerkschaften als das größte Verbrechen am Proletariat brandmarkt. Nur geschlossene Gewerkschaftsorganisationen können höhere Löhne durchsetzen und durch sie wieder größere Kaufkraft der Massen erzielen. Die Kommunisten sagen aber statt positiver Arbeit überbereitskommen mit den Völkischen vor, wenn schon die praktischen Ergebnisse ähnlich gegenüber der Betrugsvorlage gewesen sind, denn die Herren Röh und Lubendorf sind einerder würdig. Durch Erfüllungspolizei und Bitterverdrängung gelangen wir zum Ziel; wer mithelfen will, wählt sozialdemokratisch — das ist nach solchen Erwägungen nicht zu leugnen, sondern nur logisch. Daß dies der richtige Weg ist, bewies auch der Verlauf der Diskussion, denn ebenfalls an der Gegenseite eine sachte Widerlegung nicht möglich, während andererseits Genosse Crispian durch eine Parteigenossen noch mit reichlichem Material unterstützt werden konnte. — In einer unbeschuldenen Versammlung referierte in Johannisstraße Genosse Lutter über das Thema: „Wider mit dem Bürgerlof“. Schon bei Wahlen in Anhalt, Mecklenburg, Hamburg und anderen Städten lassen erkennen, daß die Zusammenführung des neuen Reichstages eine andere, vor allem eine arbeitstüchtige sein wird. Der Referent wies weiter darauf hin, daß dort, wo die Kommunisten stärker gemordet sind, die Reaktion gestärkt worden sei. Die Erfüllungspolitik ist nur das einzig mögliche für Deutschland, um aus dem Nord herauszukommen. Reaktion und Kommunisten stemmen sich gegen die Erfüllung, da sie dabei ihre Putschabsichten nicht durchzuführen können. Von der richtigen Zusammenarbeit des neuen Reichstages hängt es ab, ob die Reaktion die geplanten Schrecknisse, die das Brot hart verteuern mühen, durchbringt können. Gegner meineten sich nicht um Wort. Mit einem begeisterten Hoch auf die Partei wurde die Versammlung geschlossen.

In der Wählerverammlung des Tiergartenbezirks im Nationalhof Bülowstraße, die überaus stark besucht war, referierte der Reichstagsabgeordnete Genosse Dittmann: Das deutsche Volk soll keine höchste Vertretung zum zweiten Male neu wählen; der Reichstag des 4. Mai war der reaktionäre. Barren- und Berarmung der breiten Schicht haben ihn überhaupert zur zustande gebracht, der die Interessen des Reiches sehr gefährdete. Die Partei

„Gegen die Republik“ wurde damals und wird auch heute noch gebraucht. Kommunisten und Völkische sabotieren den Parlamentarismus, indem sie mit Stundajenen arbeiten, worüber sich die Deutschnationalen freuen. Die Taktik einer drei Parteien war immer eine gemeinsame, obwohl Clara Zetkin sich zur Erfüllungspolitik bekannte, die das Dames-Gutachten einschließt: Ihre Parteigenossen haben jedoch nicht ein, daß es die einzige Möglichkeit ist, in Deutschland wieder geordnete Zustände zu schaffen. Der 7. Dezember soll nun die Abrechnung mit den Deutschnationalen betreffen. Daß die Sozialdemokratie stets objektiv genug war, die Kommunisten im Reichstag in Schutz zu nehmen, wenn es sich um die Geschickordnung handelte, bewies Gen. Dittmann an einigen schlagenden Beispielen. Wenn die Kommunisten in Bedrängnis sind, kommen sie recht gern zu den Sozialdemokraten; sonst ziehen sie mit den Völkischen an einem Strang. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht würden sich, wenn sie heute lebten, von diesen „Rosenkammern“ schauernd abwenden, weil ihre Einstellung eine rein passivistische ist, und Marx wie auch Engels haben nie die Gewalt als die proletarische Methode gepriesen. Des 7. Dezember soll und muß beruhen, daß die gesamte wertvolle Bevölkerung ernsthaft die Politik der Sozialdemokratie unterstützen will. — In der lebhaftesten Diskussion teilte der Referent, daß sich die einzelnen Redner nur mit ihren persönlichen Anwesenheiten an ihr beteiligen, daß sie aber die großen politischen Fragen, die den einen linken und den rechten bilden, völlig außer Betracht lassen. Mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung ausdauernd.

Prozess der Justizwachmeister. Aus Anlaß der in den letzten Wochen stattgefundenen schweren Ausschreitungen in Gerichts- und Gefängnisgebäuden, zu denen in erster Linie die Bluttäter in Havelau und Magdeburg zählen, sind am Sonntag den 16. d. M. in allen Bezirken und Landesvereinen des Reichsverbandes deutscher Justizwachmeister Trauerkundgebungen für die Opfer dieser Bluttäter statt. Es werden an dem Tage in allen Oberlandesgerichtsbezirken größere Versammlungen öffentlicher Justiz- und Strafverwaltungsbeamten einberufen, um die Öffentlichkeit über die unheilvollen Zustände in der Justizverwaltung zu unterrichten. Der Verein der Justizwachmeister im Bezirk des Kammergerichts Berlin hat zu diesem Zweck eine Versammlung auf Sonntag, den 16. d. M., abends 10 Uhr, im großen Schwurgerichtssaal, Mi-Moabit 11 (Kriminalgericht), einberufen.

Der Verband Deutscher Frauenleistung und Frauenkultur e. V. veranstaltet in seinen Räumen Charlottenburg, Behlitzstr. 79, eine Weihnachtsmesse. In des Sehenswerten und Schätzbares sehr viel enthält. Man gebraucht einzig und allein leichtes Stoffe und besorgt Luftdurchlässigkeit. Ohne jede Naht der Mode miszumachen und ohne ganz und gar aus dem Rahmen der Mode zu fallen, schloßt man für alle Gelegenheiten eigene Kleider. Für die arbeitende Frau sind vor allen Dingen die Blaudruckkleider von größtem Nutzen. Diese Stoffe sind in den anspruchsvollsten Modellen vertreten die in sich viele Möglichkeiten zur abwechslungsreichen und freundlichen Gestaltung der Kleider tragen. Während man bis vor ein paar Jahren nur den Blaudruck konnte, hat man jetzt auch Druckkleider von rot, grün und blau. Sehr für sich einzunehmen wissen auch die Gewänder aus Waschlamme und abente die handgewebenen Kinderkleider. Die Bereingung wird meistens aus dem Material heraus genommen. Alle Kleider sind dauerhaft, und wer sie anschafft, hat ein langes verdientes Geld ganz bestimmt nicht für Blaudruck ausgeben. Halbtags sind ferner die handgewebten Hemden und deselben ist es das Spielzeug, das Generationen überdauern kann. Jede Ecke fehlt und alles rundet sich in schöner, handlicher Form. Das Nürnberg Spielzeug ist sogar durch und durch primitiv und gibt sich als echte, tiefempfundene Volkstümlichkeit.

Eine stolzegegründete Ausstellung eröffnet am Freitag, 14. November der Arbeiter-Kolonienverband, Exlibris-Park, im Kinderdorf, Wilm. Str. 10. Gen. Dr. Bräuer wird über „Arbeiterklasse und Arbeitsfrage“ sprechen und durch die Ausstellung führen.

Sport.

Reit- und Fahrturnen.

Der Dienstag, der u. a. ein Tag der Reit- und Fahrturnen im Sportplatz brachte, war, seinen Bräunungen nach, als Tag der Damen anzusehen. Der Mittwochmorgen stellte aber auch an des sportliche Können der Damen keine Anforderungen, galt es doch, hinter einem Master auf der Rennbahn Brunwald einen Tag der Reit- und Fahrturnen abzuhalten. Eleganter wurde Frau Franks auf Hannover; die übrige Besetzung war: Schwabenjunge (Frau Wicker), E. v. V. (Frau Wüth), Siegfried (Käufel v. Doer). In der großen Gedächtnisprüfung wurde der 30-Kilometer-Dauerreit von Wolfen nach Brunwald abgefahren. Der Kurs war künstlich durch Hindernisse sehr erschwert. Der Schwede Olson, der auf Emir als erster Reiter um 9 Uhr vom Start ging, langte um 11 Uhr in Brunwald an. Krona und Aureif kamen nicht durchs Ziel.

Gewerkschaftsbewegung

Der Hochbahnerstreik geht weiter.

Die Streiklage ist unverändert. Durch die Verbindlichkeits-
klärung des Schiedsrichters ist die Bewegung von vornherein
reguliert, so daß sich nur schwer ein Ausweg finden läßt. Bei
starken Beeinträchtigung der Verkehrsverhältnisse jedoch, die der
Streik insbesondere für viele Arbeiter und Angestellte bedeutet,
solle unter Zurückstellung aller Prestigefragen versucht werden, die
Parteien möglichst rasch an den Verhandlungs-
tisch zu bringen. Das wird ja schließlich auch ohnehin geschehen
müssen. Je eher aber dieser Streik wieder beendet werden
kann, desto besser ist es im Interesse der Wiederherbeiführung
normaler Verkehrsverhältnisse.

Die Hochbahndirektion müßte es sich schon mehr als
bisher angelegen sein lassen, die Arbeitsbedingungen ihrer An-
gestellten endlich einmal so zu regeln, daß sich nicht alle nafen-
lang Differenzen herausbilden, die den Hochbahnerstreik des
Publikums fortgesetzt gefährden. Die Hochbahn ist doch schließlich
nicht nur Erwerbsunternehmen, sondern außerdem ein Verkehrs-
unternehmen auf das das Publikum sich eingestellt hat, so daß
es darauf angewiesen ist. Auf seinem Rücken werden die fort-
währenden Differenzen ausgefochten. Dafür darf es dann
höhere Fahrpreise zahlen, sobald die Direktion es für er-
forderlich hält.

Mit der ständigen ostentativen Hervorkehrung des Herren-
Rampunktes, wogu nicht viel gehört, ist es nicht getan.
Das Personal, das vielfach eine recht schwere und verant-
wortungsvolle Tätigkeit ausüben hat, muß weniger schematisch
als vernünftig behandelt werden. Auch die Herren von der
Direktion müssen mit dazu beitragen, daß der Betrieb auf
legalem Wege wieder in Gang kommt. Etwas mehr Verständ-
igungswillen führt eher zum Ziele als die von den Kundigen
doch nur von der humoristischen Seite aufgenommenen Pläne, den
Betrieb mit der Leno oder mit Streckrechern teilweise wieder in
Gang zu bringen.

Das Berliner Publikum ist hinsichtlich solcher Verkehrs-
verhältnisse das geduldigste der ganzen Welt. Das ist wahrlich nicht
verwunderlich. Doch schließlich wird es des Schundludertreibens
mit seinen Verkehrsbedürfnissen doch einmal überdrüssig. Ver-
nünftigere Personalpolitik und Schluß mit
diesem Streik!

Die Streikenden kommen heute nachmittag um 1 1/2 Uhr
zu einer Versammlung in Haverlands Festsaal zusammen,
um den Situationsbericht entgegenzunehmen.

Verhandlungen im Turbinenstreik bei der AEG.

Bei den gestern gepflogenen Verhandlungen zwischen dem Re-
tastikartell und dem Verband Berliner Metallindu-
strieller zur Beilegung der Ausperrung in der Turbinenfabrik
hand die Forderung der Dreher nach Verringerung des bisherigen
Arbeitslohnensystems im Vordergrund der Erörterungen. Wäh-
rend bisher die Vorkostenberechnung nach dem „Zeit-
system“ durchgeführt wurde, d. h., daß für ein Arbeitsstück nicht ein
in Geld ausgedrückter Betrag angelegt war, sondern die Dreher für
die Zukunft eine Festlegung des Arbeitspreises nach
Werk.

Die Vertreter der AEG. konnten einer solchen Verringerung für die
Turbinenfabrik allein nicht zustimmen, hatten aber eine Prüfung
der Angelegenheit für den Gesamtkonzern zu. Ueber die
Gewährung einer Lohnzulage an die Dreher, die in diesem Be-
trieb besonders qualifizierte Arbeiten auszuführen haben, wird heute
vermittelt eine Verhandlung mit der Betriebsver-
tretung statt. Es ist zu erwarten, daß bei zufriedenstellendem Ein-
gesehenwerden der Direktion die Ausperrung alsbald
beigelegt werden kann.

Protest der Reichs- und Staatsarbeiter.

In einer überfüllten Protestversammlung, die der Ge-
meinde- und Staatsarbeiterverband für die Lohnempfänger
bei den Reichs- und Staatsbehörden einberufen hatte,
referierte Scharlau vom Hauptvorstand über die letzten Lohn-
verhandlungen im Finanzministerium.

Von der Regierung wurde wiederum das alte Sprüchlein her-
gefolgt, daß Lohnhöhungen unweigerlich Preissteige-
rungen im Gefolge haben müßten. Wie bei den Beamten, so
wurde auch bei den Lohnempfängern die inzwischen etwas legenden-
haft gewordene Preisabwärtung herangezogen, deren Aus-
wirkung durch fortgesetzte Lohnsteigerungen in Gefahr sei. Nichts
ist seitdem eingetreten; durch die Liebedienerei der Reichsregierung
den Agrariern gegenüber ist nicht nur der Preis für das Brotgetreide
gesunken, sondern automatisch damit auch alle anderen Bedarfsartikel.

Nach der Kündigung des Wohnkostens hat es lange ge-
dauert, ehe eine Einleitung zu Verhandlungen erfolgte. Die Re-
gierung erkannte an, daß die Preise außerordentlich an-
gezogen haben. Sie stand aber nicht auf dem Standpunkt, daß
jede Teuerung durch Lohnhöhungen weitgemacht werden müsse.
Den Vorteil von solchen Lohnhöhungen hätte nur die Händler-
schaft. Wenn die Lohnempfänger jetzt Bezug nehmen auf die Ge-
hälter der ihnen gleichgestellten Beamten, so haben sie ein gutes
Recht dazu. In der Inflationzeit, als die Arbeiter einmal etwas
mehr erhielten als die Beamten, hatte es die Regierung mit der Auf-
besserung der Beamten sehr eilig. Jetzt, wo es umgekehrt ist, läßt
man sich Zeit. Offenbar soll die nötige Distanz zwischen den Arbeiter-
und Beamtenverhältnissen streng gewahrt werden, um den Lohn-
empfängern einen Anreiz zu geben, einmal „Beamter“ zu werden.
Eine Gegenüberstellung mit den gleichen Beamtengruppen zeigt die
Küßlingsgeilheit der Arbeiterlöhne. Ein Staatsarbeiter be-
zieht beispielsweise einen Stundenlohn von 50 Pfennig, während
der Beamte 59 Pfennig erhält. Im Endgehalt vergrößert sich
das Verhältnis auf 50 und 70 Pf. Bei den Endgehältern der Han-
dwerker und der ihnen gleichwohlenden Beamten ist ein ähnlicher
Unterschied festzustellen. Scharlau erklärte, daß eine Aufbesse-
rung der Arbeiterlöhne dringender denn je sei, besonders
wenn die Regierung anerkennt, daß die Beamtengehälter auch zu

niedrig sind. Die Streiks der Reichs- und Staatsarbeiter in
vielen Teilen des Reichs sollte die Regierung vor einer Verschärfung
der Lage warnen. Bei allen Konflikten mit der Regierung sind die
Lohnempfänger immer als Arbeiter zweiter Klasse
behandelt worden: Beim Abbau, bei der Anerkennung der Betriebs-
vereinigungen und bei vielen anderen Gelegenheiten. Unter dem Bei-
fall der Versammlung meinte der Referent, daß es Aufgabe der
Reichs- und Staatsarbeiter sein muß, der reaktionären Reichsregie-
rung durch eine starke Organisation gerüstet gegenüberzutreten. Nur
aus der eigenen Kraft heraus wird der Widerstand zu brechen sein.

In der Diskussion berichtete Steiter über erschreckende
Hungerlöhne, die im Reich gezahlt werden. So scheut man sich nicht,
den Reichswasserbauarbeitern, die in der jetzigen Jahres-
zeit verkürzt arbeiten müssen. Wochenlöhne von 13,12 M., ja von
9 M. anzubieten. Folgende Resolution fand einstimmige An-
nahme:

„Die im Lehrereinstaus von Tausenden besuchte Versamm-
lung der in den Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeit-
nehmer nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Verkür-
zung der Lohnverhandlungen im Reichsfinanz-
ministerium.“

Die Versammlung protestieren mit aller Schärfe gegen die
von der Reichsregierung in der letzten Zeit beliebte Lohn-
politik, welche die Arbeiter zur wirtschaftlichen Verelendung und
zum langsamen Verhungern zwingt, um so mehr, als seit Wochen
eine fortgesetzte Steigerung aller Lebensmittelpreise und der sonstigen
Bedarfsartikel erfolgte, eine Lohnhöhung aber nicht eingetreten ist.

Die Versammlung erwarten nunmehr die unverzügliche
Aufnahme von Verhandlungen und sofortige Er-
höhung ihrer mehr als fargen Löhne.

Sie sprechen dem Verband der Gemeinde- und Staats-
arbeiter ihr vollstes Vertrauen aus und beauftragen die Organi-
sationsleitung, selbst das letzte gewerkschaftliche Mittel in Anwen-
dung zu bringen, falls die Reichsregierung ihren berechtigten Forde-
rungen nicht Rechnung tragen sollte.

Die Versammlung geloben gleichzeitig, alles daran zu setzen,
um auch den letzten unorganisierten Arbeiter und die
letzte Arbeiterin in den Reichs- und Staatsbetrieben der Organi-
sation zuzuführen, um damit den reaktionären Bestrebungen der
Reichsregierung für alle Zukunft ein festes Bollwerk entgegenzusetzen
zu können.“

Die glänzend verkaufte Versammlung sollte der Regierung eine
Warnung sein, sich nicht ganz und gar ins Schlepptau der Schwer-
industrie zu begeben.

Rückgang der unterstützten Erwerbslosen.

In der zweiten Hälfte des Monats Oktober hat die Zahl der
unterstützten Erwerbslosen im Reich weiter abgenommen, und zwar
von 478 000 am 15. Oktober auf 465 000 am 1. November, d. h. um
rund 8 Proz. Die männlichen Hauptunterstützungsempfänger haben
sich von 427 000 auf 398 000, die weiblichen von 45 000 auf 39 000
vermindert. Die Zahl der Zuschlagsempfänger ist von 595 000 auf
556 000 zurückgegangen.

Aus der Herrenwäschefabrik Oswald & Jsaak.

Die „Rote Fahne“ bringt unter dieser Aufschrift eine Notiz in
ihrer Morgenausgabe vom 11. November, die sich mit den Zuständen
in diesem Betriebe beschäftigt, und macht hierfür unterzeichnete
Organisation verantwortlich. Wir sehen uns daher gezwungen, dazu
folgendes zu erklären:

Die dort Beschäftigten sind bis auf wenige nach unserem Wissen
Mitglieder des Oppositionsverbandes. Der Vorsitzende
des Betriebsrates bzw. der Vertrauensmann dieses Verbandes ist
der Wachmeister Wolf Kragert, eingeschriebenes Mitglied
der R.P.D.

Die „Rote Fahne“ muß sich daher mit ihrer Notiz an die „Oppo-
sition“ bzw. ihr eigenes Mitglied wenden, was ihr nicht
schwer fallen sollte, insbesondere bei den früheren guten Beziehungen
zu der Opposition. Zur Illustration diene noch folgendes:

Innerhalb einer Verhandlung erklärte der Inhaber, Herr Jsaak,
uns gegenüber, daß er und seine Arbeiter sich sehr gut ver-
stehen, zwischen ihnen ein außerordentlich harmonisches Einvernehmen
herrsche und er von der Oppositionsmut seiner Beschäftigten noch
nichts bemerkt habe, im Gegenteil, der Wachmeister, Herr Kragert,
bemühe sich, mit ihm alles im besten Einvernehmen zu regeln.

Deutscher Bekleidungsarbeiterverband, Filiale Berlin,
Sebastianstr. 37/38.

Kinderarbeit in Shanghai.

Die von der Stadtverwaltung Shanghai eingesetzte Kommission
für Kinderarbeit hat kürzlich ihren Bericht veröffentlicht. Es ist
daraus zu entnehmen, daß das Alter der Aufnahme der Arbeit in
Fabriken und ähnlichen Betrieben je nach der Art der Beschäftigung
verschieden ist. Im allgemeinen gilt jedoch, daß die Unternehmer
Kinder beschäftigen, sobald ihnen deren Arbeit einen wirtschaftlichen
Wert verpricht. Die Kommission fand Kinder beschäftigt,
die nicht über sechs Jahre alt sein konnten. Die Arbeits-
dauer währt gewöhnlich zwölf Stunden im Tag, einschließlich
einer Pause von nicht mehr als einer Stunde für eine Mahlzeit.
In vielen Wirtschaftszweigen wird in Tag- und Nachtschif-
ten zu je zwölf Stunden gearbeitet. Häufig ist die Bästung
der Arbeitsräume und die Staubabfuhr ungenügend, und die sani-
tären Zustände lassen viel zu wünschen übrig. Die Arbeiteranwer-
bung durch eingeborene Mittelpersonen ist vielfach gebräuchlich; der
Vermittler beschafft die nötigen Arbeitskräfte und er wird nach der
Produktion bezahlt. Die beschäftigten Kinder erhalten manchmal
überhaupt keine Löhne und ihre Verhältnisse sind praktisch
die von Sklaven.

Die Kommission empfiehlt vorläufig das Verbot der Ver-
wendung von Kindern unter 10 Jahren; nach vier Jahren
soll die Altersgrenze auf 12 Jahre erhöht werden. Sie macht auch
eine Reihe weiterer Reformvorschlüge, die in der Wochenchrift
„Labour and Industrial Information“ (herausgegeben vom Inter-
nationalen Arbeitsamt) abgedruckt sind.

Wirtschaft

Das öffentliche Steuerbuch.

Vor einigen Tagen ging die Nachricht durch die Zeitungen
über die tiefgehende Wirkung, welche in den Vereinigten Staaten
von Amerika die zum erstenmal gesetzlich angeordnete Offen-
legung der Steuerlisten gehabt hat. Der amerikanische
Bürger hat damit endlich Gelegenheit erhalten, genau festzustellen,
wie die Steuerlast seines Landes verteilt ist. Das Ergebnis war
geradezu ungeheuerlich und löste einen Sturm gerechter Em-
porung aus. Man konnte aus den öffentlich aufliegenden Listen
einwandfrei sehen, welche Leistungen die Finanzgewaltigen dieses
reichen Landes zu den allgemeinen Steuerlasten bewirkten. Es zeigte
sich die unumstößliche Tatsache, daß gerade die Reichen im
Verhältnis zu ihrem Vermögen sehr niedrige
Steuersummen bezahlten; so war schwarz auf weiß zu lesen,
mit welcher Unerschrockenheit „die steuerkräftigen Schultern“ sich um
die Erfüllung ihrer Steuerpflicht herumdrückten. Dagegen half kein
Ablegen mehr; die nackten Zahlen führten eine zu deutliche und
einwandfreie Sprache, vor deren Gewalt auch die in den Diensten
der Kapitalistengruppe eifrig tätigen Federn verstummen mußten.
Was seinem Finanzamt und keinem beamteten Steuerkommissar
glücken konnte, wird durch die Angst vor den offenen und hellen
Augen der Öffentlichkeit möglich werden: Die Steuer-
erklärungen der reichen Leute werden unter diesem Druck in Zu-
kunft wahrheitsgetreuer ausgefüllt werden, sofern es der an ihrer
empfindlichsten Stelle getroffenen Finanzmacht nicht gelingt, diese
sogenannte Maßnahmen der offenen Steuerbücher wieder ver-
schwanden zu lassen.

Wie steht es in diesem Punkt in Deutschland? Seit Jahren hat
Genosse Keil mit Unterstützung der Fraktion einen Antrag auf
Offenlegung der Steuerlisten in einem bestimmten Ausmaß einge-
bracht, damit endlich einmal in dem freiesten Staate der Welt jeder
Bürger weiß und wissen darf, ob und in welcher Weise die Reichen
dem armen Vaterland gegenüber ihre Pflicht erfüllen. Die bürger-
liche Mehrheit des Reichstags hat in den Ausschüßberatungen
es immer vermocht, den Antrag zu Fall zu bringen. Bei Er-
örterung der Warenpreise und bei den Lohnverhandlungen wird
den Arbeitern und Angestellten immer und immer wieder die „un-
erhörte Steuerlast“ vor Augen geführt, welche das Kapital in Deutsch-
land zu tragen hat. Wenn diese Tiraden richtig sind, so müssen die
Unternehmer und Kapitalisten es als eine wahre Wohltat emp-
finden, wenn das Volk auf Heller und Pennig ersparen kann,
welche Summen von diesen Staatsbürgern in den Reichs-
und Staatskassen fließen. Alle die Gegenstände, wie Architekturbau-
u. dergl., verschwinden und jerrinnen in Nichts; denn was in Ame-
rika, wo das „business“, das Geschäft, als das höchste Heil-
gum verehrt und geschätzt wird, möglich und durchführbar ist, muß
in Deutschland viel weniger schwierig und gefährlich sein.

Dazu kommt ein Weiteres. Deutschland ist durch den verlorenen
Krieg mit hohen Reparationsverpflichtungen belastet. Um die Re-
parationen und die Aufbringung der dazu erforderlichen Summen
dreht sich ein gut Teil des deutschen Schicksals. Jeder Deutsche muß
dazu sein gerüttelt Maß beitragen. Die gerechte Verteilung
dieser Last ist und bleibt der Kernpunkt der deut-
schen Finanzpolitik auf lange Jahre hinaus. Klar
und deutlich hat das deutsche Großkapital diese Sachlage erkannt
und dennoch seinen Pan und seine Abwehrwaffen geschmiedet.
Der Aufbruch eines großen Teils der Zeitungen und die damit ver-
bundene Mordpolitik, die öffentliche Meinung nach seinem Sinn zu
beeinflussen, bildet dabei eine der gefährlichsten Maßnahmen. Mit
großer Geschicklichkeit wird dieser Steuerabwehrkampf vom
Großkapital geführt. Man versucht die Masse des Volkes durch
abstrakte Scheinparolen (die „deutsche“, die „undeutsche“ und ähn-
lichen Unsinn) zu zerpfücken, um sie von dem Kernpunkt der deut-
schen Politik abzuwenden. Um so mehr muß es Aufgabe der Par-
teien sein, welche sich ihre Unabhängigkeit vom Großkapital bewahrt
haben, immer und immer wieder auf die Hauptaufgabe der deut-
schen Finanzpolitik hinzuweisen und die träge Masse der Werk-
tätigen aller Schichten des Volkes aufzurütteln zum großen und
gerechten Kampf um die richtige Verteilung der deutschen Kriegs-
lasten und Steuern. Dazu ist es aber unumgänglich
notwendig, daß mit offenen Karten gespielt wird.
Das Steuerbuch ist eine Sache, die jeden Staatsbürger auf das
allerpersönlichste berührt. Leistet er seinen Anteil, so muß er auch
die Gewissheit und Sicherheit haben, daß alle anderen nach ihm
können und nach ihrer Kraft diese Pflicht erfüllen, denn jede
Steuerdrückbergerei wird auf die anderen, christlichen Steuerzahler
automatisch abgewälzt. Klarheit und Wahrheit in Steuer-
dingen fordert das Volk und hat ein heiliges Recht darauf. Wer
ihm diese verweigert, zeigt, daß er das Volk betrügen will. Diese
einfache Forderung der Gerechtigkeit hat das amerikanische Volk
gegenüber seiner allmächtigen Finanzaristokratie durchgesetzt. Wird
das deutsche Volk dazu nicht die Kraft haben?

Es wird sie aufbringen, wenn es nicht wieder in Verkennung
seiner wahren Interessen den Parteien des agrarischen und indu-
striellen Großkapitals zur Macht verhilft, sondern bei der nächsten
Wahl die Sozialdemokratie unterstützt und ihren Sieg
sichert.

J. A. Berg.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Ostermann;
Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Redaktion: Dr. John Schömann; Korrek-
tur: Constance; Druck: K. H. Müller; Berlin. (Druck: K. H. Müller; Berlin.)
Verlag: Borntraeger & Co. m. b. H., Berlin. Druck: Borntraeger-Verlag
und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Herren-Stiefel 5⁰⁰
kräftiger Arbeitstiefel
do. echt Rindbox 6⁰⁰
moderne breite Form, gutes Material
do. echt Boxcalf 9⁰⁰
sehr gutes Fabrikat sowie braun Boxcalf
do. Orig.-Goodyear-
Welt 12⁵⁰
moderne spitze Form, gutes
Fabrikat.

Babyschuhe Leder und
Stoff, sowie warme Kinder-
stiefel mit Schnalle oder
Schnitten, 12-31 . . . Pf. 95
Kinderstiefel
Kräftiges Spaltleder, 31-35 M. 4⁹⁰
Kameihaarstoff-
schuhe
mit Schnalle oder
Oberschnalle, Filz-
und Ledersohlen, hüßig

Billig aber gut!

Durch günstigen Einkauf sind wir wieder in der Lage, der Groß-Berliner Bevölke-
rung billige Schuhe zu liefern. Wegen Platzmangels hier nur einige Beispiele.
Unser Lager beträgt über 30 000 Paar.

Groß- Dolch Schuh-Lokal Behrndt

Münster 25

Frankfurter Allee 64
Wollbuser Damm 13

Dam.-Halb-Schnür-
u. Pumps teils Schließe-
spange, in braun, grau und
schwarz Wildleder, mit prima
Attkant, moderne spitze Form,
erkantante Fabrikat 4⁹⁰
Damen-Halbschuhe
R'Chevros und Rindbox, teils braun 6⁹⁰
do. echt Boxcalf
braun u. schwarz, Schnür od. breite Schließe-
spange, moderne spitze Form, gutes Fabrikat 9⁹⁰

Warme Haus-
schuhe
mit Schnalle
M. 2,90, 3,90 1
Leder Damen-
Hausschuhe 1⁹⁵
Kräftiges Spaltleder . . . M.
K.-Seidenstrümpfe
für Damen, verschiedene
Modelle 1⁷⁵

Ph. Brand & Co. Weingroßhandlung
Berlin SW, 68, Lindenstr. 3 (V.)

Dönhoff
1200-1201

empfehlen als besonders preiswert
Tarragona rot M. 1,50
die Flasche, ohne Glas und ohne Steuer

Preisliste
zu
Diensten